

Entscheidendes Gremium: fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen Federführendes Amt: Fachbereich Sitzungsdienst	Beteiligt:
Keine neuen Konzerttermine für X. Naidoo in kommunal getragenen Veranstaltungsstätten - Widerspruch -	
Geplante Beratungsfolge:	
Datum 16.06.2021	Gremium Bürgerschaft
Zuständigkeit Kenntnisnahme	

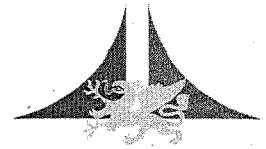
Sachverhalt:

Widerspruch: siehe Anlage

Anlagen

1	Widerspruch	öffentlich
2	Information des MIE (red. ergänzt am 16.06.2021)	öffentlich

1. JUNI 2021



Hanse- und Universitätsstadt
ROSTOCK

DER OBERBÜRGERMEISTER

Postanschrift · Hanse- und Universitätsstadt Rostock · 18050 Rostock

Präsidentin der Bürgerschaft
der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

- im Hause -

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unsere Zeichen
30.10.01

Telefon/Telefax/E-Mail
0381/381-1169 /-1936

Datum
31.05.2021

Beschluss Bürgerschaft 2021/AN/2203 „keine Konzerttermine für Xavier Naidoo / Widerspruch

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

ich widerspreche dem Beschluss der Bürgerschaft 2021/AN/2203. Der Beschluss verletzt geltendes Recht.

In meiner Eigenschaft als Gesellschaftsvertreter soll ich die Geschäftsführung der inRostock GmbH anweisen, keine vertraglichen Beziehungen abzuschließen, die es Xavier Naidoo ermöglichen, in der Stadthalle aufzutreten.

Von der Weisung soll auch umfasst sein, die Vereinbarung eines neuen Termins zu unterbinden, der an die Stelle des bisherigen treten soll.

Der Beschluss entfaltet rechtlich zweierlei Zielrichtungen, die – wenn wie gewollt umgesetzt – beide zu Rechtsverstößen führten.

1) Wegen der aktuellen Bedeutung und des konkreten Bezugs zu dem bereits bestehenden Vertragsverhältnis zunächst zu dem Zusatz, nach dem ich per Weisung verhindern soll, Ersatztermine zu vereinbaren:

Die rechtlichen Ausführungen im Sachverhalt des Antrages, wonach keine Verpflichtung bestünde, wegen der beabsichtigten Verschiebung der Tournee einen Ersatztermin anzubieten, halten sowohl die inRostock GmbH als auch das Rechtsamt für rechtsirrig.

Telefon

Zentrale 0381 381-0
Telefax 0381 381-1902

Internet

rathaus.rostock.de

Konten der Stadt

Deutsche Kreditbank AG DE60 1203 0000 0000 1003 21
OstseeSparkasse Rostock DE27 1305 0000 0205 6000 00
Deutsche Bank AG DE79 1307 0000 0116 8038 00
HypoVereinsbank AG DE22 2003 0000 0019 5654 99
Gläubiger-ID der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

IBAN

BIC

BYLADEM1001
NOLADE21ROS
DEUTDEBRXXX
HYVEDEM300
DE28ZZZ00000009553

Besucherzeiten

nach Vereinbarung

Wie in der Stellungnahme zu dem Antrag ausgeführt, ergeben sich aus dem abgeschlossenen Vertragsverhältnis Nebenpflichten aus § 313 BGB. Im Übrigen ist im Vertrag selbst ein Verlegungsrecht verankert. Daraus folgt für die inRostock GmbH bereits zivilrechtlich die Pflicht, mit dem Vertragspartner zu verhandeln, um einen Ausweichtermin zu ermöglichen.

Der Vertragspartner der inRostock GmbH hat bereits unter dem 12.04.2021 darauf hingewiesen, dass sein Vertragspartner, Xavier Naidoo, sich wegen der Corona-Pandemie gezwungen sieht, die bereits von Sommer 2020 auf Sommer 2021 verschobene Tournee nochmals zu verschieben. Er bat Ausweichtermine für Juni bis September 2022 zu benennen. Diesem Ansinnen ist die inRostock GmbH unter dem 14.04.2021 nachgekommen. Sie hatte mehrere Termine in dem von der Agentur fixierten Zeitraum angegeben. Unter dem 5. Mai bat die Agentur um Bestätigung des von ihr gewählten Termins am 12.08.2022. Falls danach nicht schon ein neuer Termin verbindlich vereinbart ist, dürfte eine noch ausstehende verbindliche Erklärung der inRostock GmbH nicht unterbunden werden.

Die angebotenen Ausweichtermine sind kein neues Vertragsangebot, sondern ein Angebot zur Änderung des bestehenden Vertragsverhältnisses, das die inRostock GmbH aus zivilrechtlicher Sicht anbieten muss, um den Vertrag durchzuführen, wenn auch abweichend von dem ursprünglich vereinbarten Termin an einem Ausweichtermin.

Würde ich dem Beschluss gemäß die Geschäftsführung der inRostock GmbH anweisen, ein solches Angebot nicht zu unterbreiten, ein darauf gerichtetes Angebot nicht anzunehmen, bzw. die bereits vorgeschlagenen Ausweichtermine zu „widerrufen“, würde ich die Gesellschaft zum Vertragsbruch zwingen. Der Beschluss verlangt somit, dass ich auf einen Rechtsbruch hinwirke. Der Beschluss zielt darauf ab, geltendes Vertragsrecht zu verletzen. Ich bin daher gezwungen dem Beschluss nach § 33 Abs. 1 S. 1 2. HS KV M-V zu widersprechen.

Die Veranstaltung war für den 21.08.2021 geplant. Es besteht derzeit keine Gewissheit, dass die Veranstaltung zu dem geplanten Termin stattfinden kann. Mit pandemiebedingten Einschränkungen öffentlicher Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ist vielmehr zum jetzigen Zeitpunkt zu rechnen. Die inRostock GmbH darf vermutlich die Halle wegen bis dahin noch bestehenden gesetzlichen Verbots nicht zum vertraglich vereinbarten Zweck zur Verfügung stellen. Der Vertragspartner wird wegen eben jenes gesetzlichen Verbotes, die Veranstaltung nicht durchführen dürfen.

Ungeachtet des in § 4 des Vertrages vorausgesetzten Verlegungsrechtes des Mieters erfüllt das Szenario den Tatbestand des § 313 Abs. 1 BGB. Die Vertragsparteien waren bei Abschluss des Vertrages davon ausgegangen, dass kein Verbot die geplante Veranstaltung untersagt. Wobei im vorliegenden Fall eine isolierte Betrachtung der in Rostock geplanten Veranstaltung wohl den Voraussetzungen des § 313 BGB nicht hinreichend gerecht wird. Der Termin war nicht als isolierte Veranstaltung sondern im Rahmen der so bezeichneten „Hin und Weg-Tour“ geplant. Diese Tour umfasste laut einer Mitteilung des „Rolling Stone“ zehn Veranstaltungen. Das Konzert in Rostock sollte den Abschluss der Tournee darstellen. Der erste Termin war am 4. Juni in Mönchenglad-

bach vorgesehen. Vertragsgrundlage dürfte danach die Durchführung der gesamten Tournee und im Rahmen dieser Tournee das in Rostock in der Stadthalle geplante Konzert gewesen sein. Gestützt auf § 313 Abs. 1 BGB kann bei Wegfall oder Störung der Grundlage des zwischen Vertragsparteien vereinbarten Rechtsgeschäftes jeder der Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages verlangen. Nach verständiger Würdigung erstreckt sich das Anpassungsrecht im vorliegenden Fall darauf, für den bislang vereinbarten Termin einen Ausweichtermin, zu dem ein deutlich geringeres Risiko besteht, die Durchführung der Veranstaltung, nach hier vertretener Auffassung, der gesamten Tournee, durchzuführen. Die Ausführung des Beschlusses würde dazu führen, dass die inRostock GmbH das dem Vertragspartner zustehende Anpassungsrecht verletzt.

2) Der Umfang des Rechtsverstoßes wird noch deutlicher bei der Betrachtung des weitreichenderen Teils des Beschlusses, nach dem der inRostock GmbH aufgetragen werden soll, keinerlei vertragliche Vereinbarungen einzugehen, die einen Auftritt von Xavier Naidoo ermöglichen. Auch dieser Auftrag, zukünftige Vertragsschlüsse per Weisung zu unterbinden, verletzt geltendes Recht. Verletzt werden Gleichbehandlungsrechte aus Art. 3 Abs. 1 GG und wettbewerbsrechtliche Bestimmungen.

Die inRostock GmbH hat nach § 2 I des Gesellschaftsvertrages die Aufgabe und damit den öffentlichen Zweck zu verfolgen, die Stadthalle Rostock zu betreiben, um die „Region Rostock“ u.a. mit kulturellen Veranstaltungen zu versorgen. Dieser im Gesellschaftsvertrag verankerte Gesellschaftszweck ist als Widmungsakt anzusehen.

Kulturelle Veranstaltung ist weit auszulegen, zumal im Gesellschaftsvertrag keinerlei Einschränkung vorgenommen ist. Zu den kulturellen Veranstaltungen, zählen u.a. Musikkonzerte.

Verträge über Musikkonzerte kommen, wie nahezu sämtliche in der Stadthalle durchgeführten Veranstaltungen dadurch zustande, dass Agenturen Termine anfragen.

Im Rahmen der Widmung ist der allgemeine Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 Abs. 1 GG zu beachten. Der Abschluss von Verträgen hängt in der täglichen Praxis lediglich von der Vereinbarkeit von freien Terminen und eigener Planung sowie der Akzeptanz der vertraglichen Bedingungen ab. Im Rahmen dieser Gepflogenheiten hat die inRostock GmbH den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz bei der Frage zu beachten, ob einem Antragsteller ein Vertragsangebot unterbreitet wird.

Dieser Grundsatz ist unabhängig davon zu beachten, ob Xavier Naidoo als direkter Vertragspartner ein Konzert in der Stadthalle durchzuführen beabsichtigt oder indirekt, wenn ein Konzertveranstalter zwischengeschaltet ist.

Es besteht bei freien Terminen und Akzeptanz der üblichen vertraglichen Bedingungen ein aus Art. 3 Abs. 1 GG folgender Kontrahierungszwang. An Art. 3 Abs. 1 GG ist die inRostock GmbH als juristische Person des Privatrechts gebunden, weil sie eine hundertprozentige Gesellschaft der HRO ist und die HRO als Gebietskörperschaft durch Art. 20 Abs. 3 GG an das Recht und somit auch an Art. 3 GG gebunden ist („keine Flucht ins Privatrecht“).

Weiterhin besteht ein Kontrahierungszwang aus §§ 18, 19 GWB. Die Veranstaltung ist im großen Saal der Stadthalle geplant, wobei der Innenraum nicht bestuhlt werden soll. Dieser Saal hat ohne Bestuhlung ein Fassungsvermögen von 6600 Besuchern. Innerhalb der HRO verfügt nur die inRostock GmbH über einen Veranstaltungsraum dieser Größenordnung. Die inRostock GmbH hat damit eine marktbeherrschende Stellung i.S.d. § 18 GWB inne, um Veranstaltungen der Größenordnung zu ermöglichen, die von Xavier Naidoo bzw. dessen Konzertveranstalter geplant ist.

Nach § 19 GWB ist verboten, die marktbeherrschende Stellung zu gebrauchen, um ein anderes Unternehmen unbillig zu behindern. Dieses Verbot schränkt die Freiheit zum Vertragsschluss, die auch die Freiheit umfasst, von einem Vertragsschluss abzusehen, vorliegend insoweit ein, dass von einem Kontrahierungszwang auszugehen ist.

Gleiches gilt für den Beschluss, soweit unterbunden werden soll, zukünftig Verträge abzuschließen.

Die von den Antragstellern vorgetragenen Gründe vermögen einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG nicht zu rechtfertigen. Es ist keine Bestimmung erkennbar, aus der heraus der von den Antragstellern reklamierte „Ruf“ der Stadthalle eine Ungleichbehandlung von Xavier Naidoo mit anderen Künstlern, die in der Stadthalle auftreten dürfen, rechtfertigen könnte. Zumal durch den Beschluss in die Berufsfreiheit von Xavier Naidoo eingegriffen wird, ohne dass eine gesetzliche Bestimmung i.S.d. Art 12 Abs. 1 S. 2 GG erkennbar wäre, die eine nach dem Beschluss intendierte Einschränkung der Ausübung rechtfertigte.

Die Antragsteller reklamieren, es könnte der Eindruck entstehen, die Hanse- und Universitätsstadt Rostock unterstützte Xavier Naidoo, indem sie indirekt über ihre städtische Gesellschaft die Stadthalle zur Verfügung stellt. Ich halte bereits diese Mutmaßung im Hinblick auf den bestehenden Kontrahierungszwang und das Neutralitätsgebot des Staates und unterstaatlicher Einrichtungen für äußerst fraglich.

Mit dem Abschluss von Verträgen, die einen Auftritt ermöglichen, erfüllt die inRostock GmbH lediglich die ihr aus diesem Kontrahierungszwang obliegende Verpflichtung. Sie bringt mit dem Vertragsschluss weder eigene noch Sympathien der Stadt zum Ausdruck. Damit auch keine Sympathien für Meinungen, Weltanschauungen oder politische Tendenzen des auftretenden Künstlers. Aus diesem Grund halte ich bereits die Mutmaßung, des befürchteten Eindrucks für falsch. Selbst wenn die Mutmaßung zuträfe, rechtfertigte sie nicht das durch den Beschluss allem Anschein nach verfolgte übergeordnete Ziel, Auftritte in Rostock „in kommunal getragenen Veranstaltungsstätten“ (so der Betreff des Antrages) zu unterbinden.

Falls ein solcher gemutmaßter Eindruck nicht schon durch den Antrag selbst erschüttert worden war, wäre ein Resolutionsbeschluss der die Distanz zu der umstrittenen Geisteshaltung Naidoo zum Ausdruck bringt, die im Übrigen nur vage behauptet wird, ohne sie mit nachprüfbaren Quellenangaben zu bestätigen, möglicherweise das rechtmäßige Mittel, um einer befürchteten Ruf-

schädigung entgegenzuwirken. Zumindest das mildere Mittel um einer befürchteten Rufschädigung wirksam zu begegnen.

Es ist darüber hinaus nicht auszuschließen, dass von Naidoo verlautbarte Äußerungen unter den Schutz von Art. 4 und Art. 5 GG fallen (Glaubens-, Gewissens-, Religions- und Meinungsfreiheit). Von ihm selbst stammende Äußerungen enthält die Begründung des Antrages bis auf das Zitat, er befände sich „im Widerstand“ nicht. Wobei allem Anschein nach der Zusatz „gegen das System“ auf einer Auslegung beruht. Zumindest ist dieser Zusatz in der Begründung des Antrages nicht als Zitat gekennzeichnet.

Meinungs- Gewissensäußerungen und Glaubensbekundungen stehen innerhalb des freiheitlichen Rechtsstaates der Bundesrepublik unter dem Schutz des Grundgesetzes. Erst wenn sie eine nicht mehr tolerierbare Grenze überschreiten, werden sie als strafwürdig erachtet und als Straftaten verfolgt. Entweder zwangsläufig (Volksverhetzung) oder auf Antrag (Beleidigung). Präventiv mögen solche Äußerungen mit Hilfe des Polizeirechts unterbunden werden können.

Den Auftritt eines Künstlers gestützt auf die allgemeine negative Vertragsfreiheit zu vereiteln, steht einem Träger der öffentlichen Gewalt weder als Sanktionsmittel noch als Mittel der Prävention, zur Verhinderung zukünftiger missliebiger oder nicht akzeptierter Meinungsäußerungen zumindest so lange nicht zu, als dass diese Äußerungen nicht als strafbar anzusehen sind.

Dass Naidoo einschlägig wegen volksverhetzenden oder beleidigenden Äußerungen vorbestraft wäre, ist ebenso wenig bekannt, wie durch Tatsachen belegte Vermutungen, er beabsichtige sich strafbewehrt im Rahmen der Veranstaltungen seiner Konzerttournee und damit auch in Rostock zu äußern.

Ungeachtet dessen, dass ich bereits aufgrund des Rechtsverstoßes gezwungen bin dem Beschluss zu widersprechen, verfolge ich mit dem Widerspruch auch die Absicht, drohenden Schaden von der inRostock GmbH und der Stadt abzuwenden.

Es kann kaum darauf vertraut werden, dass sowohl der Vertragspartner der inRostock GmbH als auch Xavier Naidoo selbst, eine Vereitelung seines Auftrittes auf sich bewenden lassen.

Die Umsetzung des Ansinnens der Bürgerschaft würde sich nicht nur in der dargestellten Rechtsverletzung erschöpfen. Es entstünden Schadensersatzverpflichtungen in Größenordnungen, die wegen umfangreicher Verflechtungen von einer Vielzahl von beteiligten Akteuren, hier nicht abschließend eingeschätzt werden können. Dass die Inhaber dieser Ansprüche auf ihre Rechte verzichten würden, halte ich für lebensfremd.

Mit freundlichen Grüßen



Claus Ruhe Madsen

Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern



Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern,
19048 Schwerin

Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Der Oberbürgermeister
Neuer Markt 1
18055 Rostock

bearbeitet von: Herrn Kreß
Telefon: (0385) 588-2304
Telefax: (0385) 588-482-2304
E-Mail: Christopher.Kress@
im.mv-regierung.de
AZ: II 300-172-421.0-2020/001-003
Schwerin, 16. Juni 2021

Widerspruch gegen den Beschluss der Bürgerschaft 2021/AN/2203 zum Nutzungs- **ausschluss für Konzertveranstaltungen**

Ihr Schreiben vom 31.05.2021

Sehr geehrter Herr Madsen,

im Ergebnis der hiesigen Prüfung, die sich auf die Frage der Vereinbarkeit des oben genannten Beschlusses der Bürgerschaft mit dem öffentlichen Recht beschränkt hat, kann ich Ihnen mitteilen, dass keine Zweifel daran bestehen, dass die Ihrem Widerspruch insoweit zugrundeliegende Rechtauffassung zutreffend ist.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

gez. Christopher Kreß